

# *Für ein besseres soziales Netz*

## **Rede zum Tag der Arbeit - 1. Mai 2002 Brigitte Profos, Regierungsrätin, Zug**

„Mehr Rechte für die Arbeitenden“ - das ist das Motto des 1. Mai 2002.

Dieser Satz steht auf den roten Plakaten. Sie zeigen einen Bergsteiger, welcher eine steile Wand hochklettert. Und ein Seil hält den Kletterer.

Das Flugblatt könnte auch den Titel tragen „Mehr **Sicherheit** für die Arbeitenden“. Und das Seil sehen wir als Symbol für die **soziale Sicherheit** in der Arbeitswelt.

Soziale Sicherheit gleicht einem Netz. Dieses Sicherheitsnetz brauchen wir dann, wenn der Arbeitslohn für unsern Lebensunterhalt nicht mehr reicht:

- wenn die Miete einen zu grossen Teil des Lohnes auffrisst
- wenn Kinder zum Armutsrisiko werden
- wenn Krankheit oder Behinderung eine Anstellung im ersten Arbeitsmarkt unmöglich machen
- wenn im Alter Pension und AHV-Rente nicht genügen.

Für all diese Situationen hat die Gemeinschaft ein Netz der sozialen Sicherung zu bauen.

Der Nationalrat hat kürzlich mit der BVG-Revision einen besseren **Altersschutz** eingeleitet. Von diesen Verbesserungen sollen Menschen profitieren, die in Teilzeit angestellt sind. Viele von ihnen arbeiten im Gastgewerbe und im Verkauf. Die meisten dieser Teilzeit-Angestellten sind Frauen. Wir alle fordern den Ständerat auf, diese Verbesserungen mitzutragen.

Einen weiteren Erfolg sehen wir in der Baubranche. Die Gewerkschaften haben in zähen Verhandlungen das **Rententalter 60** für Bauarbeiter erreicht. Das ist ein sozialpolitischer Meilenstein und wir freuen uns darüber. Denn wir wissen schon lange, dass Bauarbeiter besonders gefährdet sind, dass sie durch Abnützung oder Unfälle frühzeitig behindert werden oder dass sie früh sterben. Das Signal Rententalter 60 wirkt – auch andere Branchen werden diese Forderungen stellen.

In einer besonders schwierigen Situation sind heute viele **Familien mit mehreren Kindern**. Das Einkommen eines einzigen Elternteils reicht oft für den Lebensunterhalt der Familie nicht aus. Es braucht den Lohn beider Elternteile – sehr oft nur schon, um die zu hohe Miete zu bezahlen. Damit aber beide Eltern ohne Sorgen um ihre Kinder der notwendigen Erwerbsarbeit nachgehen können, braucht es Krippenplätze in genügender Zahl und Qualität sowie mit vernünftigen Kosten. In der ganzen Schweiz fehlen heute etwa 200'000 Krippenplätze. Der Nationalrat hat kürzlich mit grossem Mehr die Anstossfinanzie-

rung für neue Krippenplätze gutgeheissen. Damit hat er ein wichtiges familienpolitisches Anliegen vor dem Sparprogramm gerettet. Ich unterstütze ganz deutlich die Forderung, dass der Ständerat das Vorhaben ebenfalls klar beschliesst.

Auch im Kanton Zug haben wir in dieser Sache einen wichtigen Schritt getan. Der Kantonsrat hat der Regierung den Auftrag erteilt, ein Konzept und gesetzliche Grundlagen dafür zu erarbeiten, dass man **Krippenplätze** einrichten kann. Ich freue mich darüber, dass wir in meiner Direktion diese Arbeit anpacken können. Damit geben wir den heute heranwachsenden Kindern bestmögliche und gleichmässige Chancen für ihre Entwicklung. Damit nehmen wir aber auch unsere soziale Verantwortung für diese Familien wahr.

Mit Verantwortung gegenüber Kindern hat auch die bevorstehende Abstimmung zur **Fristenregelung** zu tun. Ich bin überzeugt davon, dass die betroffene Frau, das betroffene Paar am besten den Gewissensentscheid über die Schwangerschaft fällen. Sie können am besten abschätzen, ob sie während der kommenden Jahre für ein Kind jene Sicherheit, Wärme und Geborgenheit bieten können, die für eine gesunde Entwicklung so nötig sind. Zudem hebt die Fristenregelung endlich die Kriminalisierung der Frau auf. Und gleichzeitig verschwindet die heutige Kluft zwischen dem Gesetz und der Praxis.

Ich will noch ein anderes Thema der sozialen Sicherheit ansprechen. Ich finde es unerträglich, dass es unter uns im Kanton Zug Menschen gibt, die zwar voll arbeiten aber zu wenig verdienen, um davon zu leben. Die uns bekannte Zahl dieser **Working-Poor-Menschen** ist zwar nicht sehr hoch. Wir müssen aber mit einer Dunkelziffer rechnen. Für mich ist besonders schwerwiegend, dass viele Kinder davon betroffen sind. Wir beschäftigen uns nun im kantonalen Sozialamt mit dieser Thematik. Wir forschen genauer nach den Ursachen, damit wir gezielt Hilfen leisten können. Denn Armut bei voller Erwerbstätigkeit - das darf es in unserem reichen Kanton Zug nicht geben.

Wir alle haben das Grundbedürfnis nach existenzieller Sicherheit. Fehlt ein Mindestmass davon, so hat das Folgen:

- wir werden krank
- wir leiden unter Stress
- wir erbringen nicht mehr unsere volle Arbeitsleistung
- wir werden depressiv

Es ist gut, dass in letzter Zeit immer mehr Menschen öffentlich über diese Erkenntnisse reden und schreiben. So wächst die Einsicht, dass der shareholdervalue nur **einer von mehreren Werten** ist, den eine Firma vorweisen kann. Es ist höchste Zeit für die Überzeugung, dass die **Mitarbeiterschaft** für die Unternehmen in Zukunft wieder den **entscheidenden Wert** darstellt.

Zuvorderst steht der Mensch – das ist mein Leitspruch. Zuvorderst steht der arbeitende Menschen - mit seinen Bedürfnissen nach Anerkennung und sozialer Sicherheit.

Krippenplätze, Volksabstimmung über die Fristenregelung und Armutsbekämpfung – sie sind die aktuellen Themen. Ich fordere jede und jeden von uns auf, nach seinen Möglichkeiten für gute Lösungen zu kämpfen. Heute und morgen, denn in dieser Welt geht uns auch künftig diese Arbeit nicht aus.

\*\*\*\*\*